



Prioritäten der Schweiz für die 71. Tagung der UNO-Generalversammlung

Das langfristige Engagement der Schweiz im Rahmen der UNO (Dekade 2012-2022) beruht auf den zwei strategischen Hauptachsen Frieden und internationale Sicherheit sowie Reform der UNO. Die aussenpolitische Strategie 2016-2019 bildet den Rahmen für die Prioritäten und Schwerpunkte der Schweiz für die 71. UNO-GV. Die Prioritäten orientieren sich zudem an denjenigen der Vorjahre. Kontinuität ist wichtig, da auch Kontinuität bei den übergeordneten Zielen, Interessen und Werten der Schweiz gegeben ist.

Für die 71. UNO-Generalversammlung (UNO-GV) hat die Schweiz folgende Prioritäten festgelegt:

Frieden und Sicherheit

Frieden und Sicherheit stellt einen der vier strategischen Schwerpunkte der aussenpolitischen Strategie 2016–2019 dar. Die UNO spielt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Die Schweiz will ihr Engagement für Frieden und Sicherheit ausbauen und wesentliche Impulse für eine tragfähige und gerechte internationale Ordnung geben. Sie trägt sowohl zur Krisen- und Konfliktbearbeitung als auch zur Mitgestaltung gemeinsamer Antworten auf globale Herausforderungen wie den gewalttätigen Extremismus bei. Der Hauptfokus des Schweizer Engagements gilt der Prävention und der friedlichen Beilegung von Konflikten. Das internationale Genf soll als Standort internationaler Friedensförderung weiter gestärkt werden.

Die UNO Friedens- und Sicherheitsarchitektur wurde in drei parallelen Prozessen einer umfassenden Überprüfung unterzogen. Die Schweiz will das Momentum dieser Überprüfungsprozesse nutzen, um ihre Ziele stärker in der Friedens- und Sicherheitsarchitektur der UNO zu verankern und setzt sich dafür ein, dass der oder die nächste Generalsekretärin der weiteren Umsetzung der Überprüfungsergebnisse die nötige Beachtung schenkt.

Im Rahmen dieser Reformprozesse verfolgt die Schweiz unter anderem folgende Ziele: Sie setzt sich weiterhin für eine umfassende Stärkung der politischen Instrumente der UNO ein. Dazu gehört in erster Linie der Ausbau der Kapazitäten der UNO im Bereich der Friedenskonsolidierung („Peacebuilding“) und bei der Vorbeugung von Konflikten sowie der Friedensvermittlung. Die Schweiz begrüsst das neue Konzept „sustaining peace“, das den Fokus auf ein umfassendes und langfristiges UNO-Engagement zugunsten eines nachhaltigen Friedens und vor allem auch auf die Stärkung der präventiven Arbeit ausweitet. Sie setzt ihr Engagement in der Friedenskonsolidierung insbesondere hinsichtlich des hochrangigen Treffens zu „Peacebuilding and Sustaining Peace“, das in der 72. UNO-GV stattfinden wird, fort. Dabei macht sie sich zusammen mit der von Mexiko neu geschaffenen „Group of Friends of Sustaining Peace“ dafür stark, dass die getroffenen Entscheide zur Stärkung der Friedenskonsolidierung wirkungsvoll umgesetzt werden und sich das Konzept „sustaining peace“ im UN-System etabliert. Die Schweiz setzt zudem ihr Engagement für eine organisatorische und finanzielle Stärkung der politischen Missionen fort und engagiert sich für die bessere Beteiligung von Frauen in Friedensprozessen, unter anderem indem die UNO beauftragt wird, sich für eine angemessene Vertretung von Frauen in Entscheidungsgremien einzusetzen. Die Schweiz macht sich weiterhin dafür stark, dass die Zivilbevölkerung durch UNO-Friedensmissionen besser geschützt wird. Auch die Politik der Nulltoleranz gegenüber sexuellen Übergriffen in Friedensmissionen soll mit Nachdruck umgesetzt werden. Der Generalsekretär wird in der kommenden UNO-GV einen Umsetzungsbericht zu dieser Thematik präsentieren, dessen Implementierung die Schweiz in den betreffenden Gremien aktiv verfolgen wird. Die Schweiz setzt sich ferner für eine Stärkung der relevanten Partnerschaften mit regionalen Organisationen und insbesondere eine engere Zusammenarbeit zwischen der UNO und der OSZE ein.

Die Verbesserung der Kohärenz und Koordination des UNO-Systems bleibt ein prioritäres Ziel. Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass die Menschenrechte in den UNO-Aktivitäten im Bereich der

Konfliktprävention eine zentrale Rolle spielen. Zu diesem Zweck hat sie im Juni 2016 mit dem „Appell vom 13. Juni“ die Staatengemeinschaft zu einer Stärkung der Zusammenarbeit zwischen dem Menschenrechtsrat und dem Sicherheitsrat in diesem Bereich aufgerufen. Zur Zeit (September 2016) unterstützen 70 Mitgliedstaaten diesen Appell. Die Schweiz wird ihre diesbezüglichen Anstrengungen während der 71. UNO-GV fortsetzen.

Die Schweiz setzt sich für effektive Massnahmen zur Reduzierung der Nuklearwaffenrisiken ein. Im Verbund mit anderen Staaten wird sie erneut eine Resolution zur Reduktion der operationellen Bereitschaft von Nuklearwaffen („De-alerting“) einbringen. Sie macht sich dafür stark, dass der Folgeprozess im Nachgang der durch die 70. UNO-GV eingesetzten UNO-Arbeitsgruppe zur nuklearen Abrüstung so inklusiv wie möglich gestaltet wird. Im Bereich der konventionellen Waffen wird sich die Schweiz weiter für eine rasche universelle Ratifikation und Umsetzung des Vertrags über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) einsetzen.

Eine weitere Priorität stellt das Engagement der Schweiz bei der Terrorismusbekämpfung dar. Im Nachgang der gemeinsamen Genfer Konferenz der UNO und der Schweiz zur Prävention des gewalttätigen Extremismus vom Frühjahr 2016 sowie der 5. Überprüfung der Globalen Strategie der UNO zur Bekämpfung des Terrorismus im Juni 2016 wird sich die Schweiz weiterhin für einen präventiven Ansatz einsetzen. Es geht insbesondere darum, rechtsstaatliche Strukturen sowie die Widerstandsfähigkeit von Individuen und Gemeinschaften zu stärken, beispielsweise durch eine verbesserte Berufsbildung für Jugendliche. Die Schweiz setzt sich zudem dafür ein, dass Massnahmen im Kampf gegen den Terrorismus nicht das humanitäre Völkerrecht und humanitäre Aktionen unterwandern.

Die Schweiz setzt ihr Engagement im Bereich Wasser, Frieden und Sicherheit fort und begleitet das von ihr 2015 lancierte unabhängige internationale Panel zu dieser Thematik. Es wird zudem geprüft, wie die Wasser-Gouvernanz im UNO-System gestärkt werden kann. Auch der Einsatz für die globale Bekämpfung der Korruption wird auf internationaler Ebene fortgeführt. Nachdem die Schweiz an der 6. Vertragsstaatenkonferenz der UNO-Konvention gegen Korruption erfolgreich eine Resolution zur Lancierung des zweiten Überprüfungszyklus eingebracht hat, setzt sie sich im Rahmen der damit verbundenen Länderprüfungen dafür ein, dass die Konventionsverpflichtungen wirksam umgesetzt werden.

Menschenrechte

Die Förderung der Menschenrechte ist ein grundlegender Pfeiler der schweizerischen Aussenpolitik. Auf multilateraler, universeller Ebene ist die UNO dafür die weltweit massgebende Organisation. Die Schweiz ist seit dem 1. Januar 2016 wieder Mitglied im Menschenrechtsrat der UNO (Mandatsperiode 2016-2018). Sie wird die Stärkung des Menschenrechtsrats und der Menschenrechte im gesamten UNO-System weiter vorantreiben und ihr Engagement für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem UNO-Sicherheitsrat und dem UNO-Menschenrechtsrat fortsetzen. Das ist auch im Interesse der langfristigen Stärkung des internationalen Genf als globales Kompetenzzentrum für die Menschenrechte.

Die Ziele und Prinzipien des Engagements der Schweiz in der UNO in Bezug auf Menschenrechte sind in der Menschenrechtsstrategie 2016-2019 des EDA definiert. Die Abschaffung der Todesstrafe, die Stärkung von Folterprävention und humanen Haftbedingungen, Frauenrechte, Kinderrechte, Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten, der Schutz von Minderheiten, der Schutz von Menschenrechtsverteidigern, die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Stärkung der menschenrechtlichen Perspektive in der Korruptionsbekämpfung, der Schutz der Privatsphäre im Internet und der Schutz der Menschenrechte im Rahmen politischer Transition stehen für die Schweiz in der kommenden UNO-GV im Vordergrund.

Das Engagement zur Stärkung der Überprüfungsmechanismen für die Umsetzung der Menschenrechte wird die Schweiz fortführen. In diesem Zusammenhang wird sie sich insbesondere in den interaktiven Dialogen mit den Sonderberichterstatern aktiv einbringen. Die Schweiz wird sich im Herbst 2017 dem dritten Examen im Rahmen des „Universal Periodic Review“ des Menschenrechtsrates unterziehen.

Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung und Wohlstand ist einer der vier strategischen Schwerpunkte der aussenpolitischen Strategie 2016-2019. Nach der Verabschiedung der neuen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung am UNO-Gipfeltreffen im September 2015 steht in der 71. UNO-GV deren Umsetzung im Vordergrund. Nachdem die Schweiz den Zielkatalog in den zwischenstaatlichen Verhandlungen 2013-2015 erfolgreich zu beeinflussen vermochte, gehört die Schweiz nun auch zu den ersten Ländern („early movers“), die bereits 2016 erste Massnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 aufzeigen können. Im Rahmen der 71. UNO-GV wird sie ihr diesbezügliches Engagement weiter stärken.

Die UNO-GV und der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) befassen sich im Rahmen des neu geschaffenen Hochrangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung (High-level Political Forum on Sustainable Development) insbesondere mit der Konkretisierung des Überprüfungsmechanismus der Agenda 2030. Zum einen wird die Schweiz bei der konzeptuellen Entwicklung dieses Mechanismus weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen. Zum anderen wird sie wie bisher konkrete Vorschläge zur Reform des UNO-Entwicklungssystems einbringen, um die Agenda 2030 effizient und kohärent umzusetzen und eine effektive Arbeitsteilung innerhalb der UNO sicherzustellen. Aufgrund der Vielzahl und Breite der Akteure vor Ort, setzt sich die Schweiz dafür ein, dass das Potential des Standortes Genf optimal für die Umsetzung der Agenda 2030 ausgeschöpft wird.

Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 wurde auch der Beitrag der Migrantinnen und Migranten zur nachhaltigen Entwicklung anerkannt. Die Schweiz konnte Migrationsaspekte erfolgreich in den Zielen für nachhaltige Entwicklung verankern und wird sich in den Diskussionen zur zukünftigen Behandlung des Themas Migration innerhalb des UNO-Systems weiterhin stark engagieren. Nachdem sich die Schweiz seit einigen Jahren dafür eingesetzt hat, soll nun die Veranstaltung eines hochrangigen Dialogs zu Migration und Entwicklung in Abständen von vier Jahren bestätigt werden. Die Schweiz wird auch die Umsetzung der Resultate des UNO Gipfels zu Flucht und Migration vom 19. September 2016 und ihrer Auswirkungen auf das UNO-System eng verfolgen. Beispielsweise fordert die Schweiz eine bessere Kohärenz zwischen den Aktivitäten der verschiedenen Akteure in den Bereichen humanitären Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung und Menschenrechte. Die Schweiz unterstützt einen Beitritt der Internationalen Organisation für Migration (IOM), der wichtigste Organisation im Migrationsbereich, zum UNO-System. Dies würde auch die Rolle des internationalen Genfs stärken, zumal viele der wichtigen UNO-Organisationen im Migrationsbereich, wie das Hochkommissariat für Flüchtlinge, das Hochkommissariat für Menschenrechte oder die Internationale Arbeitsorganisation, dort ihren Sitz haben.

Die Schweiz wird sich im Rahmen von Habitat III, der Konferenz der Vereinten Nationen über Wohnungswesen und nachhaltige Stadtentwicklung, für eine globale handlungs- und zukunftsorientierte Agenda einsetzen, die komplementär ist zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, dem Klimaabkommen von Paris und weiteren relevanten Prozessen und Abkommen. Dieses Engagement findet in enger Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband SSV statt.

Humanitäres

Die Schweiz setzt sich für eine Stärkung der humanitären Hilfe ein, welche als Folge der zahlreichen Konflikte und Krisen unter massivem Druck ist. Die aktuelle Flüchtlingskrise fordert die Akteure des UNO-Systems mehr denn je und bringt sie an ihre operationellen und finanziellen Kapazitätsgrenzen. Die Schweiz führt daher ihr Engagement für eine Stärkung der relevanten Organisationen im UNO-System wie dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) fort.

Die Schweiz setzt sich für eine effizientere Gewährleistung von Hilfe und Schutz für Menschen in Not und für eine bessere Koordination der humanitären Akteure untereinander ein. Sie fordert zudem eine verbesserte Kohärenz zwischen den humanitären und Entwicklungsaktivitäten, wie beispielsweise eine gemeinsame Analyse und verstärkte Koordination vor Ort. Zudem macht sie sich für eine bessere Einbindung der direkt betroffenen Staaten und deren Bevölkerung stark.

Der Schutz der Zivilbevölkerung, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts, der Respekt und die Einhaltung der humanitären Prinzipien, der Zugang für humanitäre Akteure zu Notleidenden und die Stärkung der Prävention und Resilienz bleiben thematische Schwerpunkte des Schweizer Engagements. Die Schweiz, die sich stark im Vorbereitungsprozess für den humanitären Weltgipfel (World Humanitarian Summit) vom Mai 2016 in Istanbul engagiert hat, wird auch die Umsetzung der Ergebnisse insbesondere im Rahmen der Verhandlungen der humanitären Resolutionen in der 71. UNO-GV eng verfolgen und ein Hauptaugenmerk auf die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen durch die Mitgliedstaaten legen.

Budget und Reformen

Die Schweiz will eine moderne, effiziente und effektive UNO. Sie fordert im Rahmen von Budgetverhandlungen, dass die UNO ausreichend Ressourcen für die wirksame Umsetzung ihrer Mandate erhält und diese Ressourcen so wirtschaftlich wie möglich einsetzt. Sie macht sich für die Modernisierung der UNO-Verwaltung stark und unterstützt die Weiterentwicklung und Umsetzung des neuen integrierten Ressourcenplanungssystems und die Umsetzung einer umfassenden Informatikstrategie. Die vom UNO-Generalsekretär angekündigte Reorganisation der Sekretariatsdienste („Global Service Delivery Model“) verfolgt die Schweiz insbesondere vor dem Hintergrund der Auswirkungen auf den Standort Genf. Von Bedeutung für die Schweiz ist ebenfalls die Umsetzung der Reform des Salär- und Zulagensystems für die international rekrutierte Belegschaft. Die Schweiz wird sich dafür einsetzen, dass die eingeleiteten Reformprojekte, beispielsweise beim Personalwesen oder den institutionellen Reformen, unter dem oder der zukünftigen Generalsekretärin weitergeführt werden und nachhaltig sind und dass Genf als UNO-Standort weiter gestärkt wird.

Ihr traditionelles Engagement für eine Verbesserung der Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrats wird die Schweiz im Rahmen der ACT-Gruppe (Accountability, Coherence and Transparency) fortsetzen. Die Gruppe wird sich auch weiter dafür einsetzen, dass der Prozess zur Wahl des oder der nächsten Generalsekretärin transparent und strukturiert abläuft.

Internationales Genf

Die Stärkung des internationalen Genf bildet ein transversales Element der Schweizer UNO-Politik. Die Schweiz ist bemüht die Rolle Genfs als Zentrum der globalen Gouvernanz weiter zu stärken und die in Genf vorhandene Expertise noch besser in die politischen Prozesse der UNO einfließen zu lassen. Eine besonders hohe Priorität stellt derzeit die Renovation des Palais des Nations dar. Beim so genannten Strategic Heritage Plan handelt es sich um ein Projekt mit einer Laufzeit von fast einem Jahrzehnt (Planung: 2014-2016; Renovationsarbeiten: 2017-2023) und einem Budgetvolumen von CHF 836.5 Millionen. Wie jedes Jahr wird der UNO-Generalsekretär auch während der 71. UNO-GV einen Fortschrittsbericht zum Projekt vorlegen. Auf dieser Basis werden die Mitgliedstaaten die nächsten Schritte beschliessen. Nachdem die 70. UNO-GV der Renovation des Palais des Nations grünes Licht gegeben hat und Kostendach, Umfang und Zeitplan beschlossen wurden, wird die 71. UNO-GV die ausstehenden Finanzierungsmodalitäten regeln, damit die eigentlichen Renovationsarbeiten wie geplant 2017 beginnen können.

Mit der WHO, der ILO, dem IKRK, der ITU und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften (IFRK) planen weitere wichtige internationale Organisationen Bau- und Renovationsvorhaben in Genf. Das Schweizer Parlament hat bereits ein langfristiges Darlehen an die IFRK gutgeheissen. Die Gewährung von langfristigen Darlehen an WHO, ILO, IKRK und ITU befindet sich zurzeit in der parlamentarischen Beratung. Diese Projekte sind von grosser Bedeutung für das internationale Genf und die Schweiz.

Das Sekretariat des Vertrags über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty, ATT) in Genf wird die Schweiz auch in der 71. UNO-GV beschäftigen. Seit der Bestätigung der von der Schweiz vorgeschlagenen Struktur im Februar 2016 wird es nun darum gehen, das Sekretariat zu operationalisieren.